

Brüsseler Brief

Die EUD Brüssel informiert

Ausgabe 2 - April 2008

★ Grußwort des Vorsitzenden

Liebe Mitglieder unseres Brüsseler Verbandes, liebe Freunde der Europa-Union Deutschland,



2008 zeigt sich als spannendes Übergangsjahr sowohl für die Europapolitik als auch unseren jungen, aufstrebenden Verband. Das noch gar nicht so alte Jahr bringt uns zum ersten Mal einen Ratsvorsitz aus einem neuen Mitgliedstaat aus der Erweiterungsrunde von 2004, gefolgt von einer großen und ehrgeizigen, vielleicht manchmal durchaus forschem Präsidentschaft aus der Gründergeneration der EU. Es steht im Zeichen der Vorbereitungen der Institutionen auf das Inkrafttreten des neuen EU-Reformvertragswerks und dynamischer Entwicklungen in vielen Sachpolitiken, die auf das Leben der fast 500 Millionen EU-Europäer und vieler darüber aus ganz praktisch erfahrbare Auswirkungen haben.

Trotz aller Probleme im Einzelnen sehen wir die Institutionen der Europäischen Union auf einem soliden Weg. Der Frühjahrsgipfel der Staats- und Regierungschef, über dessen Verlauf uns Botschafter Duckwitz am 17. März informierte, zeigte die Union auf wichtigen Feldern handlungsfähig und zukunftsbegeistert: Der Lissabon-Prozess tritt in eine neue Phase und zeitigt nicht immer vollständig, aber in der Tendenz doch die erforderlichen wirtschaftlichen, sozialen und forschungspolitischen Reformergebnisse. Auch der Bürokratieabbau gewinnt an Fahrt. Im Bereich der Energie- und Klimapolitik hat der Europäische Rat den Vorschlägen der Kommission folgend konkrete, messbare Umsetzungspläne für die Reduzierung des CO₂-

Ausstoßes in den Mitgliedsstaaten und der Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien beschlossen. Angesichts der Krise im Banken- und Kreditsektor hat er sich mit Fragen der Stabilität der Finanzmärkte beschäftigt, und schließlich konnten die seit dem vergangenen Herbst aufgetretenen Spannungen mit einem Kompromiss zur Union für das Mittelmeer beigelegt werden, die nun als Fortentwicklung des Barcelona-Prozesses von 1995 in die Mittelmeerpolitik der EU integriert wird. Mit diesem Kompromiss und der Öffnung des Mittelmeerunion-Projektes für alle, auch die nicht am Mittelmeer gelegenen EU-Mitgliedstaaten ist die Initiative Präsident Sarkozys europapolitisch kompatibel gemacht worden und eine drohende innereuropäische Zerreißprobe verhindert worden.

Während die Sachpolitiken Fortschritte machen, laufen derzeit auch die Vorbereitungen zum Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages im Großen und Ganzen nach Plan. Eine Reihe von Mitgliedstaaten haben das Ratifikationsverfahren bereits abgeschlossen oder weit vorangebracht, darunter auch Frankreich und Polen, wo aus verschiedenen Gründen die Annahme des EU-Reformwerks noch vor zwei Jahren keineswegs als ausgemacht angesehen werden konnte. Auch Großbritannien hat mit einer mehrwöchigen parlamentarischen Debatte und dem Verzicht auf ein Vertragsreferendum die Ampeln zur Ratifikation auf grün gestellt. Zahlreiche schwierige Fälle bestehen aber weiterhin. In den kommenden Monaten wird sich weisen, ob sich auch Irland – der einzige Staat, in dem per Volksabstimmung über den Lissabonner Vertrag entschieden wird – und die Slowakei den Ratifikationszeitplan einhalten werden oder ob sich neue Hindernisse ergeben. Wenn sich die Freunde der Fortentwicklung der Europäischen Union auch hier durchsetzen,



wird die französische Präsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte ganz im Zeichen des Umbaus der Institutionen und der Auswahl der handelnden Personen stehen – ein Erneuerungsprozess, der sich nach dem Inkrafttreten der neuen Verträge mit den Europawahlen und der Ernennung der nächsten Kommission bis tief in das kommende Jahr 2009 hinziehen wird.

Europa arbeitet also, es erneuert sich, es agiert und reagiert sowohl auf weltpolitischer Bühne als auch bis hinein in die Lebenswelt und zum Wohle der Bürger in den Mitgliedstaaten und ihren politischen Institutionen – aber Europa als Projekt scheint in seinen Mitgliedstaaten nicht zu faszinieren. Die Menschen akzeptieren die EU oft genug eher als notwendiges Übel denn als Erfolgsmodell, das dem alten Kontinent in er Historie noch nie da gewesene Periode von Frieden, Wohlstand, sozialer Gerechtigkeit und Entwicklungschancen für jeden Einzelnen gebracht hat. Die Gefahr besteht, dass die Bürger daher auch nicht die Möglichkeiten zur Teilhabe und politischen Kontrolle in dem Umfang wahrnehmen, wie sie das Europäische Parlament und die Kommission in zunehmendem Maße anbieten. Wir haben mit einem Paradoxon zu tun: Europa bemüht sich immer stärker um den Dialog mit den Bürgern, schafft Raum für europäische Parteien und Stiftungen und konsultiert regelmäßig die gesellschaftlichen Kräfte in den Mitgliedstaaten, damit sie ihre sachpolitischen Vorstellungen in den Politik- und Gesetzgebungsprozess auf europäischen Ebene einbringen, aber Bürger und Zivilgesellschaft nehmen dieses Angebot nicht (oder zumindest noch nicht) in dem gewünschten und für die demokratischen Glaubwürdigkeit des europäischen Projektes wünschenswerten Maße an. Wie kann mehr europäische Öffentlichkeit hergestellt werden, die Kommunikation zwischen Brüssel und den gesellschaftlichen Kräften in den Mitgliedstaaten verbessert und die wahrgenommene Legitimität und Akzeptanz europäischen politischen Handels verbessert werden?

Die Antworten auf diese Fragen dürfte wenigen in Theoriebildung und beeindruckenden Gesamtkonzeptionen zu finden sein, sondern eher im konkreten und stetigen täglichen Handeln, und seien die Möglichkeiten dazu auch noch so wenig spektakulär. In dieser Weise sein Scherflein beizusteuern, ist es auch, was sich unser noch junger Verband vorgenommen hat.

Und es geht voran!

Gerade erst ein dreiviertel Jahr alt, hat die Arbeit der Europaunion in Brüssel mit verschiedenen, hervorragend angenommenen Veranstaltungsreihen nunmehr Tritt gefasst - von öffentlichen Vortragsveranstaltungen zu den Großthemen der Europapolitik über unsere regelmäßigen Debriefings nach den jeweiligen Treffen des Europäischen Rates, die wir in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut durchführen, kleineren Fachveranstaltungen zu aktuellen europapolitischen Fragen bis zu unseren Studienfahrten und Treffen für Brüsseler Praktikanten. Einzelbeiträge in unserem „Brüsseler Brief“ unterrichten Sie darüber im Detail.



Besonders ans Herz möchte ich Ihnen unsere neue Reihe „EUD konkret“ legen, die wir exklusiv für Mitglieder der Europaunion Deutschland anbieten. Die „EUD konkret“ - Reihe erlaubt es uns, in Intervallen von zwei bis drei Monaten zusammenzukommen, um mit besonders ausgewählten Referenten über aktuelle europapolitische Schwerpunktthemen zu sprechen und sie in ihrer Bedeutung für das europäische Integrationsprojekt zu analysieren. Die zwei Veranstaltungen aus dieser neuen Serie, bei der uns dankenswerterweise die Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz kompetent und gastfreundlich unterstützt hat, haben bereits mit gutem Erfolg stattgefunden und mehrere weitere sind geplant.

Ich freue mich über den Anklang, den diese Arbeit findet, und die dynamische, engagierte

und vertrauensvolle Atmosphäre, die die Zusammenarbeit im Vorstand bestimmt. Unsere Mitgliedschaft wächst ermutigenderweise stetig weiter, und nach praktisch jeder Veranstaltung haben wir neue Beitritte zu verzeichnen. Werben auch Sie in Ihrem Brüsseler Bekanntenkreise für uns! Mit Ihrer Hilfe und für Sie wollen wir auch im zweiten Quartal 2008 wieder verschiedene attraktive Vorträge und Diskussionsabende anbieten. Besonders hinweisen möchte ich an dieser Stelle schon auf unser nächsten ER-Debriefing am 23. Juni und die bevorstehende Jahresversammlung mit anschließender hochkarätiger Diskussionsrunde am 2. Juli hinweisen.

Nehmen Sie die Angebote Ihres Verbandes wahr und sagen Sie uns, welche Ideen Sie für die weitere Verbandsarbeit haben und wie Sie sich selbst dabei einbringen wollen. Ihr Engagement ist unser aller Gewinn!

Ihr Dr. Michael Köhler

★ EUD-Parlamentariergruppe

Die EUD-Parlamentariergruppe im Europäischen Parlament, bei der mittlerweile über 70 der 99 MdEP aller Parteien Mitglied sind, wird sich am 22. April in Straßburg anlässlich eines parlamentarischen Abends mit den Intendanten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten treffen. Geplant ist auch eine Neuaufstellung eines Sprecherteams, welches bislang Norbert Glante (SPD) und Rainer Wieland (CDU) innehatten. Die Sprecher der Fraktionen sollen auch in die Arbeit des Vorstandes der EUD Brüssel enger eingebunden werden.

★ Alex Stubb wird Außenminister

Der finnische Europaabgeordnete Alex Stubb (EVP-ED) wird neuer Außenminister in Finnland. Stubb war in Finnland aktives JEF-Mitglied.



★ Tag der offenen Tür in Straßburg

Am 4. Mai öffnet das Europäische Parlament in Straßburg wieder seine Pforten für die Bevölkerung. Zum Auftakt der Europawoche werden die Institutionen und zahlreiche EU-Organe, Verbände und Nationen Informationen über ihre Arbeit bereithalten.



Insbesondere für kurzzeitig in Brüssel verweilende Stagiaires ist es sicherlich interessant, einmal einen Gang durch das Parlament zu machen und sich im Plenarsaal an den Platz eines Europaabgeordneten zu setzen. Mit dem Zug ist Straßburg in 5 Stunden erreichbar.

In Brüssel werden die Institutionen im Juni ihre Türen für die Öffentlichkeit öffnen.

★ "Europäisches Urgestein" macht Platz für Nachfolgerin frei.

Dienstältester, gewählter EU-Abgeordneter scheidet aus dem EU-Parlament aus

Der Däne Jens-Peter Bonde wurde bei den ersten Wahlen 1979, die in Dänemark einige Tage vor den Wahlen in den anderen damaligen EWG-Staaten stattfanden, ins EU-Parlament gewählt. Bonde gilt deshalb als der dienstälteste, gewählte EU-Abgeordnete. Der als eurokritisch bekannte Bonde will sein Mandat am 9. Mai niederlegen und sich danach um den Wahlkampf des EU-kritischen Bündnisses für ein Europa der Demokratie kümmern, so berichtet die dpa. Seine Nachfolge soll die Vorsitzende der dänischen Juni-Bewegung, die 37-jährige Hanne Dahl, übernehmen.





★ **Grenzenloser Warenverkehr**
Verbraucherpolitik als europäische Aufgabe

von Heide Rühle MdEP

Das Zusammenwachsen des gemeinsamen europäischen Binnenmarktes und die Zunahme der Importe stellen die EU und ihre Mitgliedstaaten vor neue Herausforderungen: Auf der einen Seite muss der freie Warenverkehr zwischen 27 Mitgliedstaaten der EU funktionieren, auf der anderen Seite müssen die in Europa angebotenen Waren sicher sein.

Das lässt sich am besten durch folgende Zahlen veranschaulichen: Im Jahr 2006 wurden Waren im Wert von 1350 Mrd. Euro nach Europa importiert - fast doppelt so viel, wie noch 1999. Gleichzeitig stieg die Zahl der Meldungen von gefährlichen oder unsicheren Produkten. Gingen 2001 nur 71 Meldungen des EU-weiten Schnellwarnsystems RAPEX ein, warnte die EU im ersten Halbjahr 2007 bereits vor über 700 Verbraucherprodukten. Der größte Teil der RAPEX-Meldungen betrifft Import-Produkte und speziell Warnungen vor gesundheitsgefährdenden Spielwaren. Dies macht deutlich, wie wichtig europäische Strategien für einen wirksamen Verbraucherschutz sind.

Verbraucherschutz als gemeinsame Aufgabe

In einem gemeinsamen Binnenmarkt ist Verbraucherschutz nicht mehr allein Sache der Mitgliedstaaten, sondern muss als gemeinsame, europäische Aufgabe begriffen werden. Konnte früher in einem überschaubaren und nationalen Rahmen an den Außengrenzen, Flug- und Schifffhäfen kontrolliert werden, zirkulieren heute einmal in den Verkehr gebrachte Produkte frei und ohne Kontrollen auf 4,324 Millionen Quadratkilometern und zwischen 490 Millionen EU-Bürgern. Als eine Antwort hat das Europäische Parlament im Februar mit EU-Kommission und Ministerrat das so genannte "Binnenmarktpaket für Waren" in erster Lesung verabschiedet.

Marktaufsicht soll gestärkt werden

Viele Mitgliedstaaten haben mit dem Wegfall der Außengrenzen bei der Marktaufsicht Personal abgebaut, Mittel gestrichen oder sich der eigenen Verantwortung entzogen, indem sie die Produktüberwachung privatisiert haben. Mit dem Warenpaket werden die Mitgliedstaaten nun dazu verpflichtet, ihre Marktaufsicht zu stärken und auszubauen. Eine Privatisierung dieser wichtigen staatlichen Aufgabe wird damit ausgeschlossen und die Mitgliedstaaten werden verpflichtet, gefährliche Produkte sofort vom Markt zu nehmen. Gerade bei den jüngsten Spielzeugskandalen hat sich gezeigt, dass diese Mechanismen nur unzureichend funktioniert haben. Die an der Produktprüfung beteiligten Prüf-, Zertifizierungs- und Inspektionsstellen werden nun schärferen Kontrollen unterworfen. Außerdem sollen die Mitgliedstaaten bei der Marktüberwachung künftig besser zusammenarbeiten. Dazu sollen bereits vorhandene Instrumente, wie beispielsweise das europäische Schnellwarnsystem für unsichere Produkte, RAPEX ausgebaut werden.

Händler, Importeure und Hersteller

Bisher waren die Vorschriften für Hersteller, Importeure und Händlern je nach Richtlinie und Produkt sehr unterschiedlich. Im Warenpaket wird erstmals generell festgelegt, welche Verpflichtungen Händler, Importeure und Hersteller haben, wenn sie Produkte auf den europäischen Markt bringen. Alle Wirtschaftsakteure, die Teil der Liefer- und Vertriebskette sind, sollen nun gewährleisten, dass ihre Produkte mit den geltenden Rechtsvorschriften übereinstimmen. Vor allem eine stärkere 'Importeursverantwortung' ist ein wichtiger Fortschritt. Oft kam es vor, dass eine Firma, die Produkte importiert hatte, ihren Namen änderte oder schlicht nicht mehr auffindbar war. Nun werden die Importeure in die Pflicht genommen und sind dafür verantwortlich, dass die jeweiligen Produkte europäischen Normen entsprechen. Sie können künftig auch bei Verstößen zur Verantwortung gezogen werden und müssen teilweise mit empfindlichen Strafen rechnen.



Handel im Binnenmarkt soll einfacher werden

Ein weiteres Ziel des Warenpaketes ist es, den grenzüberschreitenden Warenverkehr zu stärken. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen stoßen immer noch auf große Hindernisse, wenn sie ihre Produkte in anderen Mitgliedstaaten anbieten wollen. Sie werden in Zukunft vom beschlossenen Abbau von Handelshemmnissen und weniger bürokratischem Aufwand profitieren. So können sie ihre Produkte innerhalb der EU nun einfacher verkaufen. Produktinformationsstellen in allen Mitgliedstaaten sollen unbürokratisch über relevante und zuständige Behörden informieren. Mit der "Beweislastumkehr" wird willkürlichen und protektionistischen Beschränkungen ein Riegel vorgeschoben und das Prinzip der "gegenseitigen Anerkennung" besser durchgesetzt.



Zur Person: Heide Rühle, Jahrgang 1948, hat in Tübingen Psychologie studiert, seit 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments und Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, sowie im Ausschuss für Wirtschaft und Währung.

Heide Rühle ist Mitglied des Präsidiums der Europa-Union Deutschland und außerordentliches Mitglied im Verband Brüssel.

★ EUD bei XING

Die Europa-Union-Gruppe beim Internetnetzwerk XING zählt nunmehr 180 Mitglieder. Im Rahmen der Gruppenseite wurden zahlreiche Foren eingerichtet, in denen die Mitglieder der Gruppe zu den unterschiedlichsten Themen diskutieren und Vorschläge einbringen. Weiterhin besteht die Möglichkeit, die Gruppenmitglieder über ein spezielles Terminsystem zu konkreten Terminen einzuladen und Zu- bzw. Absagen zu verwalten.

Der Link www.xing.com/net/eud

★ 2. Debriefing mit Botschafter Duckwitz

Nur knapp konnte der große Saal des Goethe-Institutes die über 300 Gäste fassen, die zum zweiten Debriefing mit der Europa-Union Deutschland und dem deutschen Ständigen Vertreter bei der EU, Dr. Edmund Duckwitz gekommen waren.



Bevor Botschafter Dr. Duckwitz "aus erster Hand" berichtete, führte der Vorsitzende des

Brüsseler EUD-Verbandes, Dr. Michael Köhler in die Schlussfolgerungen des Rates ein. Zentrale Themen des EU-Gipfels vom 13. und 14. März in Brüssel waren der neue Programmzyklus (2008-2010) der Lissabon-Strategie, Finanzmarktstabilität, Klima und Energie sowie die in den Medien viel diskutierte "Mittelmeer-Union". Botschafter Dr. Duckwitz zufolge lief der Rat "undramatisch" ab, da man bei den meisten Punkten bereits im Ausschuss der Ständigen Vertreter einen Konsens gefunden habe und nur noch wenige strittige Fragen auf dem Gipfel selbst länger diskutiert werden mussten. Insgesamt seien die Ergebnisse des Rates als Erfolge zu werten.

In den Schlussfolgerungen des Rates lediglich mit einem fünfzeiligen Absatz erwähnt, stand doch die "Mittelmeer-Union" im Zentrum der Fragerunde, die den Ausführungen von Herrn Duckwitz folgte. Der Botschafter räumte ein, das Thema "habe im Vorfeld viel Arbeit gemacht". Doch dank der intensiven Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich in den Tagen vor dem Rat seien die größten Streitpunkte bereits ausgeräumt gewesen. Präsident Sarkozys Vorstellung einer Union aus Anrainerländern des Mittelmeers, die zumindest teilweise in Konkurrenz zur Euromediterranen Partnerschaft gestanden hätte, sei nicht nur von den EU-Staaten

ohne Mittelmeerzugang abgelehnt worden. Nichtsdestotrotz habe man die Grundlage der Idee Frankreichs aufgegriffen, um den "lah-



menden Barcelona-Prozess anzuschubsen", so Botschafter Duckwitz. Unter dem neuen Begriff "Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum" können künftig auch Mittelmeeranrainer wie Kroatien oder Bosnien-Herzegowina, die

bisher nicht im Barcelona-Prozess erfasst sind, mit einbezogen werden. Gleichzeitig bleiben auch die "Barcelona-Länder" ohne Mittelmeerzugang wie zum Beispiel Jordanien mit dabei. Neu geschaffen werden soll ein ca. 20-köpfiges Sekretariat mit einer Doppelspitze aus zwei Direktoren - jeweils ein Direktor aus einem EU-Staat und ein Direktor aus einem Nicht-EU-Land, die für jeweils zwei Jahre ein Mandat erhalten sollen. Finanzinstrument soll vorerst das nicht voll ausgeschöpfte Budget des Barcelona-Prozesses sein. Die Gründung dieser Union ist für die Ratstagung am 13. Juli 2008 in Paris vorgesehen. Bis dahin sollen von der EU-Kommission die notwendigen Vorschläge vorgelegt und Modalitäten ausgearbeitet werden.

Im Bereich Klima und Energie verwies der Rat darauf, das von der EU-Kommission vorgelegte Klimapaket "sei eine gute Grundlage". Beim Thema Emissionshandel wurde auf Drängen Deutschlands die Möglichkeit von Sonderregelungen für energieintensive Industrien in die Schlussfolgerungen aufgenommen. Dies sei vor allem von Ländern mit größerem Gewicht auf dem Dienstleistungssektor wie Großbritannien oder den Niederlanden kritisiert worden.

Zum Thema "Energieversorgungssicherheit" legte der EU-Außen- und Sicherheitsbeauftragte Solana dem Rat einen Bericht über die Auswirkungen des Klimawandels auf die internationale Sicherheit vor. Darin werden die Themen Energie- und Wasserversor-

gungssicherheit angesprochen - Botschafter Duckwitz zufolge könnten die weiteren Diskussionen Konfliktpotential bergen.

Bemerkenswert bei den Schlussfolgerungen zur Lissabon-Strategie sei auch die Aufnahme des Begriffes der "Fünften Grundfreiheit". Dahinter stehen die Bemühungen, Hemmnisse zu beseitigen, die den freien Verkehr von Wissen behindern. Dazu gehören unter anderem die Verbesserung der grenzüberschreitenden Mobilität von Forschern, Studenten, Wissenschaftlern und Hochschullehrern, das Vorantreiben der Hochschulreformen sowie die Erleichterung und Förderung der optimalen Nutzung von geistigem Eigentum.

Im Anschluss an die Veranstaltung mit Botschafter Duckwitz hatten die Gäste Gelegenheit, bei einem Glas Wein weiterzudiskutieren und sich über die Arbeit der Europa-Union zu informieren. Der Brüsseler Verband konnte sich an diesem Abend zudem über weitere Beitritte freuen.

Katharina Aubele

★ **EUD konkret: "Diskriminierung in Deutschland? Zum Stand der Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinie"**

Mit der neuen Veranstaltungsreihe unter dem Namen "Europa-Union konkret" oder kurz "EUD konkret" bietet der Brüsseler Verband seinen Mitgliedern exklusiv die Möglichkeit, in einem kleinen Kreis mit einem Experten über ein ausgewähltes europapolitisches Thema zu diskutieren.

Für die Auftaktveranstaltung am 25. Februar 2008 in der rheinland-pfälzischen Landesvertretung konnte Dr. Max Uebe aus dem Kabinett des für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit zuständigen EU-Kommissars Vladimír Špidla gewonnen werden. Dr. Uebe führte in das Thema ein und erläuterte die Hintergründe zum Vertragsverletzungsverfahren, das die Kommission gegen Deutschland eingeleitet hat. Sie hatte das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz als

nicht weit reichend genug kritisiert. Die anschließende lebhafte Diskussion wurde auch nach dem offiziellen Teil der Veranstaltung von den Teilnehmern bei einem Gläschen Wein weitergeführt.



2
8
0
9
Europa

Das nächste "EUD-konkret", das sich im Übrigen ausschließlich an die Mitglieder des Brüsseler Verbandes richtet, findet am 3. April zum Thema "Europa wählt - Europawahl 2009 zwischen nationaler Testwahl und europäischer Öffentlichkeit" statt. Es diskutieren Vertreter der europäischen Parteien zur Europawahl 2009. Die Einladungen an die Mitglieder sind bereits verschickt worden.

Katharina Aubele

★ **Mitteilungen des Schatzmeisters**

Für das Jahr 2008 werden wir - sofern Sie diese noch nicht erhalten haben - die Beitragsrechnung 2008 in den nächsten Wochen gemeinsam mit der Einladung zur Mitgliederversammlung versenden.

Den Termin können Sie sich schon in Ihren Kalender eintragen: Die jährliche Mitgliederversammlung findet statt am Mittwoch, den 2. Juli 2008 um 18.00 Uhr in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt. Im Anschluss daran wird es eine Diskussionsveranstaltung zur französischen Ratspräsidentschaft mit prominenten Diskutanten geben.

Wenn sich Ihre Anschrift oder E-Mailadresse ändert, so geben Sie uns bitte umgehend Bescheid.

★ **Feinstaubplaketten bei DEKRA in Brüssel**

Die seit März in Deutschland geltende Verordnung zur Kennzeichnung von Kraftfahrzeugen nach Schadstoffgruppen gilt für alle Personenkraftwagen und Nutzfahrzeuge, unabhängig von der Antriebsart. Auch im Ausland zugelassene Fahrzeuge benötigen die Plakette, um in Umweltzonen einfahren zu dürfen.

Unser Mitglied Oliver Deiters, der Leiter der DEKRA-Vertretung in Brüssel wies uns darauf hin, dass die Feinstaubplakette direkt bei der DEKRA-Vertretung von Montag bis Freitag zwischen 9 und 17 Uhr zum Preis von 15,- € erworben werden kann.

Weitere Informationen bei der DEKRA e.V. – Vertretung bei der EU
Tel.: 02-7402490
E-Mail: info.dekra@skynet.be

★ **Impressum:**

Europa-Union Deutschland Verband Brüssel
c/o Union of European Federalists
Chaussee de Wavre 214 D
1050 Brüssel
Tel: +32 - 2- 284 7545

E-Mail: info@eud-bruessel.eu
www.eud-bruessel.eu

Redaktion: Georg Becker

★ 10 Fragen an...

Unter dieser Rubrik wird Yvonne Nasshoven jeweils 10 Fragen an Mitglieder der Europa-Union Verband Brüssel stellen, um sie vorzustellen.

10 Fragen an Frank Hoffmeister

1. Tätigkeit: Mitglied des Juristischen Dienstes der Kommission, im Nebenamt Professor für internationales Wirtschaftsrecht an der Freien Universität Brüssel



2. in Brüssel seit: 2001

3. Hobbies: Ich bin vielseitig interessiert und versuche, verschiedene Leidenschaften so gut es geht unter einen Hut zu bringen: Zeit mit der Familie (meine beiden Kinder sind 6 und 8 Jahre alt), Reisen mit meiner Frau, liberale Politik, Musik, Schach und einiges mehr, was das Leben lebenswert macht.

4. Mein Steckenpferd: siehe Hobbies

5. Man trifft mich: beim Italiener nebenan, je nachdem, in welcher Stadt.

6. Mein Geheimtipp: Schwarzach (Österreich) im Sommer zum Bergsteigen oder Bansko (Bulgarien) im Winter zum Skifahren

7. Lieblingszitat/Motto: Chacun à son gout

8. Weshalb ich bei der Europa-Union mitarbeite: Weil ich eine überparteiliche Zusammenarbeit der Bürger zu europäischen Fragen sehr wichtig finde - Europa kann nicht nur den Institutionen überlassen bleiben.

9. Europa bedeutet für mich: Frieden, Freiheit und Vielfalt.

10. Drei Wünsche an Europa: Mehr Toleranz nach innen, mehr Selbstbehauptung nach außen und dauerhafte Sicherung der Lebensgrundlagen für die nächsten Generationen.

10 Fragen an....Lars Koenig

1. Tätigkeit: Vertretung des Landes Niedersachsen bei der EU



2. in Brüssel seit: Dezember 2002

3. Hobbies: Meine Familie, Treffen mit Freunden/netten Leuten, Reisen, gutes Essen, Sport (Fußball, Skifahren, Laufen) und Lesen

4. Mein Steckenpferd: siehe Hobbies

5. Man trifft mich oft: im Arboretum und im Park von Tervuren

6. Mein Geheimtipp: Das Fondue-House **Drie Broederkes** (Minderbroedersgang 4 in Mechelen) mit sehr leckeren Fleisch- und Fisch-Fondues.

7. Lieblingszitat/Motto: "Nicht unmöglich zu erreichende Ziele sind kein Grund zum Verzweifeln, sondern der gescheiterte Versuch, das Machbare umzusetzen".

8. Weshalb ich bei der Europa-Union mitarbeite: Als "Europa-Fan" möchte ich daran mitarbeiten, das die europäische Idee besser verständlich gemacht wird und teils auch zu einer Europa-Begeisterung führt.

9. Europa bedeutet für mich: ...über den eigenen Tellerrand zu schauen und durch internationale Kontakte mehr über andere europäische Kulturen zu erfahren.

10. Drei Wünsche an Europa: a) Es muss definiert werden, welches Ziel Europa im Rahmen der weiteren Vertiefungs- und Erweiterungsschritte verfolgen will. b) mehr Transparenz & Bürgernähe und c) Toleranz.

★ Pros and Cons

Diese Rubrik soll unseren Mitgliedern die Möglichkeit bieten, mit fachbezogenen Beiträgen zu Wort zu kommen.



Der erste Beitrag dieser Reihe widmet sich Sportwetten und dem staatlichen Glücksspielmonopol. Die Beiträge geben die Meinungen der Verfasser und deren Organisationen, nicht aber die Meinung des Vorstandes der Europa-Union Verband Brüssel wieder.

Wenn Sie Interesse haben, an dieser Stelle Ihre Meinung oder die Ihrer Organisation in ähnlicher Weise darzustellen, so kommen Sie gerne auf uns zu. Vielleicht haben Sie ja schon einen Vertreter für jede Seite auf Lager.

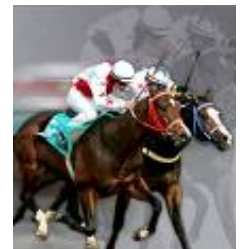
► **Sportwetten: Stabile Finanzierung des Sports durch andere Marktmodelle** *von Stefan Brost*

Die Einnahmen aus staatlichen Lotterie- und Sportwetten bilden in fast allen Mitgliedstaaten der EU den unverzichtbaren Grundpfeiler der Breitensportfinanzierung. Allein in Deutschland summieren sich die Zahlungen aus dem Glücksspielbereich für den gesamten Sport auf ca. 500 Millionen Euro pro Jahr (davon 50 Millionen Euro aus Sportwetten).

Die herausragende Bedeutung der Finanzmittel aus Lotterien und Sportwetten für den Sport hat die Kommission in ihrem "Weißbuch Sport" ausdrücklich anerkannt. Auch die aktuellen Beratungen über einen Initiativbericht des Europäischen Parlaments lassen erkennen, dass den Abgeordneten die Frage nach der künftigen Sportfinanzierung besonders am Herzen liegt.

Vor allem aus Brüssel wird der Druck auf die staatlichen Glücksspielmonopole erhöht. Der Europäische Gerichtshof hat die Werbung für Lotterien und Wetten weitgehend untersagt. In vielen Mitgliedstaaten sind daher aufgrund sich wandelnder Marktverhältnisse die Einnahmen seit Jahren rückläufig – mit entsprechenden Konsequenzen für die Finanzierung des Sports. Der Europäischen Kommission sind die staatlichen Monopole ein Dorn im Auge. Obwohl der EuGH staatliche Monopole nicht per se verboten hat, solange die Beschränkungen des Marktes durch die Mitgliedstaaten verhältnismäßig sind, hat die Kommission 14 Vertragsverletzungsverfahren gegen mehrere Mitgliedstaaten eingeleitet.

Gegen Deutschland leitete die Kommission zuletzt Ende Januar 2008 ein neues Verfahren ein. Dabei hat sie den zum Jahreswechsel in Kraft getretenen neuen Glücksspielstaatsvertrag im Visier. Die Kommission wirft Deutschland vor, unter dem Deckmantel der Suchtprävention widerrechtlich ein staatliches Monopol auf dem Sportwettenmarkt aufrechterhalten zu wollen. Insbesondere verwundert die Brüsseler Behörde, dass der größte Teil des deutschen Sportwettenmarktes dem Staatsmonopol unterfällt, während der Bereich der Pferdewetten für den Markt geöffnet ist.



Betrachtet man die aktuelle Situation, werden die staatlichen Monopole in der heutigen Form mit hoher Wahrscheinlichkeit aufgrund europäischer Vorgaben nicht zu halten sein. Gerade im Markt für Sportwetten - für den der Fußball alleine etwa 80 Prozent des Inhaltes bereitstellt – ist das Monopol durch die Möglichkeit, Wetten per Internet zu platzieren ohnehin praktisch außer Kraft gesetzt.

Aus diesem Grunde sind neue Lösungen und Strukturen notwendig. Nur so ist dauerhaft ein stabiler Beitrag zur Finanzierung des Sports und anderer Allgemeinwohlverpflich-

tungen sicherzustellen. Der Sportwettenmarkt ist ein sensibler Bereich. Eine vollständige Liberalisierung ist schon allein aus Gründen der Prävention vor Wettmanipulationen nicht der richtige Weg. Der Sport möchte jegliche Form illegaler Praktiken verhindern. Bei der Neuorganisation des Sportwettenmarktes gilt es daher vor allen Dingen, die Integrität des Sportes zu bewahren. Dazu bedarf es aber nicht zwangsläufig eines staatlichen Monopols. Solange die Integrität des Sports und die Stabilität der Einnahmen für den Sport gewährleistet bleiben, sind auch andere Modelle, beispielsweise im Wege einer eingeschränkten und kontrollierten Marktöffnung denkbar.

DFL und DFB haben bereits 2006 ein gemeinsames Konzessionsmodell erarbeitet, das die Einnahmen der Sportorganisationen durch Konzessionsabgaben und Lizenzgebühren der privaten wie staatlichen Wettanbieter sicherstellt und durch die begrenzte, staatlich kontrollierte Vergabe von Konzessionen eine Kontrolle illegaler Praktiken ermöglicht.



Stefan Brost (32 Jahre) ist Jurist und seit dem 1. Dezember 2007 Vertreter des DFB bei der EU. In Brüssel ist Herr Brost bereits seit 3 Jahren.

► Für eine am Verbraucherschutz und Gemeinwohl orientierte staatliche Glücksspielpolitik

von Rupert Hornig

Die Kontrolle des Glücksspiels war seit jeher eine Herausforderung für den Staat. Was vordergründig als harmlose private Unter-



haltung erscheinen mag, birgt Gefahren wie Spielsucht, Verschuldung, Betrug, Geldwäsche und andere Formen von Kriminalität. Für die schädlichen

Folgen für den Einzelnen, Familien und die Gesellschaft bieten Geschichte und Gegenwart reichlich Anschauungsmaterial. Deshalb überlässt auch kein funktionierender Staat der Welt das Glücksspiel dem freien Wirtschaftsverkehr. Da sich ein Totalverbot (Prohibition) historisch nicht bewährt hat (Schwarzmarkt), wählen die meisten EU-Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, einen Mittelweg, der – dem Ziel der Suchtprävention folgend - das Bedürfnis nach Glücksspiel in der Bevölkerung bedient, aber nicht zusätzlich anheizt (Kanalisationpolitik). Staatseigene Unternehmen, bei denen der Staat – anders als bei Privatunternehmen – unmittelbare Kontrolle ausüben kann, erhalten dabei das ausschließliche Recht (Monopol), ein in Umfang und Art begrenztes Angebot an Glücksspielen, inklusive Wetten, zur Verfügung zu stellen. Als positiver Nebeneffekt kommen deren Abgaben dem Gemeinwohl zugute.

Kommerzielle Anbieter von Glücksspielen im Internet wie bwin oder Unibet durchbrechen dieses System seit Jahren. Sie operieren von Malta und Gibraltar aus, wo nicht mehr als 0,5 % des Umsatzes an Steuern und sonstigen Abgaben anfallen, während staatliche Anbieter in Deutschland eine Abgabenquote von fast 40 % haben. Durch hohe Gewinnauszahlungsquoten, aggressive Werbung und andere Marketingmaßnahmen (z.B. Kredit für Neukunden und Vielspieler) schaffen sie hohe Anreize zum Glücksspiel, was mit dem staatlichen Ziel der Suchtprävention nicht vereinbar ist. Die Gewinne der kommerziellen Anbieter wandern in private Taschen.

Die kommerzielle Glücksspielindustrie rechtfertigt ihre fortwährende Verletzung von nationalen Gesetzen unter Berufung auf die EU-Dienstleistungsfreiheit (Art. 49 EGV). Sie behauptet, dass Glücksspielmonopole grundsätzlich europarechtswidrig seien und dass ihre Lizenz aus einem EU-Mitgliedstaat (Malta, Vereinigtes Königreich) genüge, um ihre Glücksspiele in anderen EU-Mitgliedstaaten anzubieten. Jedoch wird man solche

Feststellungen in allen Entscheidungen des EuGH und EFTA-Gerichtshofs vergeblich suchen. Im Gegenteil: der EuGH sagt in ständiger Rechtsprechung, dass die schädlichen Folgen für den Einzelnen und die Gesellschaft, die mit Spielen und Wetten einhergehen, eine restriktive Glückspolitik, bei der der Mitgliedstaat das Schutzniveau im Detail bestimmen darf, rechtfertigen können, solange die restriktiven Maßnahmen nicht unverhältnismäßig sind; der EFTA-Gerichtshof hat die Vereinbarkeit des norwegischen Monopols für Spielautomaten mit der in der EU und im EWR geltenden Dienstleistungsfreiheit im letzten Jahr ausdrücklich bestätigt.

Auch die Europäische Kommission teilt die o.g. Ansichten der kommerziellen Anbieter zum Monopol und der gegenseitigen Anerkennung von Lizenzen nicht, wenn sie auch Bedenken zu der Ausgestaltung von Gesetzen von neun Mitgliedstaaten zu einem Teilbereich des Glücksspiels (Sportwetten) angemeldet hat. Keines dieser Verfahren ist bisher vor dem EuGH anhängig, der allein bekanntlich die Nichtanwendbarkeit von nationalen Gesetzen erklären könnte.

Gegen die kommerzielle Anbieter ausschließenden nationalen Gesetze zu Lotterien und Casinospiele äußert die Kommission keine Bedenken. Dennoch bieten so genannte "Sportwettenanbieter" wie bwin oder Unibet diese Spiele in großem Umfang an und zeigen damit, um welche (lukrativeren) Märkte es ihnen letztlich geht. Eine Liberalisierung des Sportwettenmarkts wäre ein "trojanisches Pferd", das letztlich zur Kommerzialisierung des gesamten Glücksspielmarkts führen würde. Eine der Suchtprävention dienende Begrenzung des Glücksspielangebots ist bei Zulassung kommerzieller Anbieter nicht mehr möglich, denn diese meist börsennotierten Unternehmen verfolgen notwendig die Interessen ihrer privaten Anteilseigner: die Maximierung von Umsatz und Gewinn.

Aufgrund dieser Orientierung am privaten Profit ist es auch absolut realitätsfremd zu

glauben, dass kommerzielle Anbieter nach einer Liberalisierung urplötzlich beginnen würden, einen nennenswerten Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten. Das Abgabenvolumen der staatlichen deutschen Lotteriegesellschaften für gemeinwohldienliche Zwecke liegt derzeit bei rund 3,2 Milliarden Euro pro Jahr. Allein der deutsche Sport erhält rund 500 Mio. Euro Fördergelder pro Jahr, wovon 27 Mio. Breitensportler profitieren. Bei einer Abkehr vom staatlichen Monopol würde aufgrund der freien Standortwahl im Binnenmarkt eine Besteuerung von ausländischen Internetanbietern praktisch unmöglich. Warum sollte sich ein solcher profitorientierter Anbieter einer achtzigfach (!) höheren Abgabenquote (s.o.) unterwerfen? Im Bereich des Sports würde, wie bisher, lediglich der Profisport von Sponsoringgeldern der kommerziellen Anbieter profitieren, während der Amateur- und Breitensport staatlicher Unterstützung beraubt würde. Dies ignoriert die Deutsche Fußball-Liga (DFL) und handelte sich deshalb kürzlich, anlässlich der Klage eines ihrer Mitglieder gegen den deutschen Glücksspielstaatsvertrag, konsequent den Vorwurf der Landessportverbände ein, sich aus der Solidargemeinschaft des Sports auszugrenzen. Dies ist ein Punkt, der bei der aktuellen Diskussion um das EU-Weißbuch zum Sport nicht vergessen werden sollte.

Die Einführung eines "dualen Systems" und eines "begrenzten Konzessionsmodells", wie auch vom Deutschen Fußballbund (DFB) gefordert, muss aus all diesen Gründen abgelehnt werden.



*Rupert Hornig ist Generalvollmächtigter des europäischen Verbandes der staatlich konzessionierten Anbieter von Lotterien und Sportwetten, **European Lotteries** und Mitglied des Brüsseler Verbandes der EUD . Der Verband*

hat 74 Mitglieder aus 43 europäischen Ländern.

★ Flanders Fields - Fahrt nach Ypern

Der Bus war bis auf die letzten Plätze gefüllt, als sich an die 50 Praktikanten und junge Berufstätige auf Initiative des Brüsseler Verbandes der Europa-Union Anfang Februar auf den Weg nach Ypern, ins "Flanders Field", machten.

Es sollte eine Reise in die Vergangenheit werden, zum Anfang des letzten Jahrhunderts, als Europa noch weit davon entfernt war, diese Gemeinschaft zu sein, die es heute ist. Weit weg von den üblichen Brüsseler Institutionen und gewöhnlichen Touristenpunkten wurde das Projekt "Europa" mal auf ganz andere Weise erlebbar.

Dienstleistungsrichtlinie, Klimapaket oder der Verfassungsvertrag - sei es die erfolgreiche Wirtschafts- oder Sozialpolitik der EU, die Liste von vollendeten und noch zu erledigenden Projekten der EU ist in den letzten Jahrzehnten immer länger geworden. Und sie stehen auch auf unserer Agenda ganz oben, wenn wir heute für die Europäische Union arbeiten und an sie denken. Dabei gerät einer der Hauptgedanken der Gründungsväter

der Europäischen Union, ein friedvolles Europa zu schaffen, oftmals einfach in den Hintergrund. Zwar hörten wir gerade im letzten Jahr in vielen Europareden zum 50-jährigen Geburtstag der europäischen Gemein-

schaft, wie stolz wir auf ein Europa sein können, deren Mitgliedstaaten nach zwei verheerenden Weltkriegen bereits ein halbes Jahrhundert friedvoll miteinander leben, doch ist für unsere Generation dies schon fast eine Selbstverständlichkeit geworden.

Ein Besuch in der Stadt Ypern, die während des Ersten Weltkrieges Schauplatz grausamster Schlachtfelder war und zum Symbol für die erstmalige Einsetzung chemischer Waffen im Krieg wurde, macht uns aber genau dies bewusst: das Projekt Europa ist und

muss auch in Zukunft vor allem eines bleiben - ein Projekt des Friedens.

Das interaktiv gestaltete Museum, das in der nach Ende des Krieges wieder aufgebauten Tuchhalle in Stadtkern Yperns untergebracht ist, regt Jeden zum Nachdenken an und öffnet unsere vom Wohlstand des 21. Jahrhunderts verwöhnten Augen. Giftmasken, Waffen, Bilder von Schützengräben und Verwundeten, geben einen erschütternden Einblick in die Zeit am Anfang des letzten Jahrhunderts.

Sogar die Gefühle und Erlebnisse von Einzelschicksalen können hier nachgelebt werden - John McCrae, ein kanadischer Feldarzt, hat hier in Ypern, als er im Schützengraben lag, sein berühmtes Gedicht "In Flanders Fields the poppies grow" verfasst. Bis heute stecken sich jedes Jahr von Neuem die Engländer die "poppies", den roten Klatschmohn, ins Knopfloch, um immer wieder an die im Krieg Gefallenen und die verheerenden Folgen von Kriegen auf der ganzen Welt zu erinnern.

Noch greifbarer wurden Geschichten, die sich in "Flanders Field" zugetragen hatten, durch die Stadtführung zu den Gedenkkirchen und auf die Stadtmauern Yperns, die im Ersten Weltkrieg belagert und beschossen wurden.

Mit nachdenklichen und beeindruckten Insassen machte sich der Bus am Ende des Tages wieder auf den Weg zurück nach Brüssel in unsere heutige Zeit. Auch wenn die Arbeit morgen wieder losgeht und wir in unserem normalen Leben angekommen sind: wir sind uns wieder von Neuem bewusst geworden, welchen enormen Beitrag die europäische Gemeinschaft geleistet hat, damit wir heute in Europa in Frieden miteinander leben können und wie wichtig es ist, den Weg dieses Europas weiterzugehen.

Mirjam von Jarzebowksi





Geschäftsstelle:
c/o Union of European Federalists (UEF)
Chaussée de Wavre 214 D
B-1050 Bruxelles

Fax: (+32-2) 2849545
E-Mail: info@eud-bruessel.eu
Internet: www.eud-bruessel.eu

Mitgliedsantrag

Ich möchte mich für die Einigung Europas in Frieden und Freiheit einsetzen und der Europa-Union Deutschland beitreten.

Vor- und Zuname: _____

Adresse: _____

Telefon: _____ **Geburtsdatum:** _____

Email: _____ @ _____

Beruf/Arbeitgeber: _____

- Ich bin bereit, als **ordentliches Mitglied** einen steuerlich absetzbaren Jahresbeitrag von ____ € (Selbsteinschätzung) zu entrichten. Der Mindestbetrag pro Jahr beträgt 43,- € (Studierende 21,50 €), darin ist enthalten die Lieferung der Verbandszeitung EUROPA AKTIV. Sofern ich noch nicht 35 Jahre alt bin, werde ich gleichzeitig (ohne Mehrkosten) Mitglied bei der Jugendorganisation Junge Europäer (JEF).
- Ich bin bereits Mitglied in der Europa-Union im Landes-/Kreisverband _____, möchte meine Mitgliedschaft dort beibehalten und werde für zusätzlich ____ € (Selbsteinschätzung), mindestens jedoch 10 € pro Jahr **außerordentliches Mitglied** im Verband Brüssel.
- Ich bin Praktikant/in bzw. Studierende/r, werde bis zum _____ in Brüssel bleiben und werde deshalb kostenfrei Mitglied des Verbandes Brüssel für die Zeit in Brüssel. Nach meiner Rückkehr wird der Verband Brüssel meine Daten dann dem zuständigen Landes- bzw. Kreisverband weiterreichen und ich werde dort ordentliches Mitglied. Sofern ich noch nicht 35 Jahre alt bin, werde ich gleichzeitig Mitglied der Jugendorganisation *Junge Europäische Föderalisten* (JEF). (Bitte dann unbedingt die **deutsche Adresse** angeben).

Ort, Datum

Unterschrift